

V-12-057: Schluss mit dem Anti-Flüchtlingsdeal mit der Türkei - Für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage!

Antragsteller*innen Paula Moser, Rênas ?ahin, Sebastian
Hahn, Charlotte Steinmetz

Antragstext

Von Zeile 56 bis 60:

Anliegen der Kurdinnen und Kurden über Jahrzehnte durch die westliche Außenpolitik vernachlässigt wurden. ~~Dies zeigt sich an der untergeordneten Rolle~~ Dabei tragen die ehemaligen Kolonialmächte eine besondere Verantwortung, da sie mit dem Vertrag von Lausanne 1923 die Idee eines kurdischen Staates endgültig in den Boden stampften und die kurdischen Gebiete auf den Irak, Syrien und die Türkei aufteilten. Dass der Nahe Osten heute eine Krisenregion ist, kommt nicht von ungefähr - eine koloniale Verantwortung müssen die ehemaligen Kolonialmächte dabei eingestehen. Die kurdischen Minderheitenrechte spielen nun auch bei den EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ~~oder nun erst durch den~~ nur eine untergeordnete Rolle. Auch der Truppenabzug der USA aus Nordsyrien und die damit einhergehende Ermöglichung dieses Massenmordes bestätigt das Muster der starken Vernachlässigung der kurdischen Frage.

Begründung

Nochmal deutliche Benennung der kolonialen Verantwortung europäischer Staaten, indem sie das Zustandekommen eines kurdischen Staates schon Anfang des 20. Jahrhunderts untergruben.